

Bern



Daniel Lehmann
Laut Smartvote-Analyse ist er
linker, als die SVP erlaubt. 20

Wahlen Stadt Bern

Die rot-grüne Ausmarchung

Ganz Bern spricht über die Stadtpräsidiumswahlen. Dabei geht eine entscheidende Frage vergessen: Wird Michael Aebersold (SP) oder Alec von Graffenried (GFL) in den Gemeinderat einziehen?



Der eine ist bekannt, der andere hat die grössere Hausmacht: Alec von Graffenried (GFL) und Michael Aebersold (SP). Fotos: mos, vch

Bernhard Ott

Rot-grüne Wählerinnen und Wähler sind am 27. November im Dilemma: Sollen sie die Rot-Grün-Mitte-Liste (RGM-Liste) möglichst unverändert einwerfen, damit die Chance auf einen vierten RGM-Sitz als Restmandat steigt? Oder sollen sie von Anfang an von drei RGM-Sitzen ausgehen, ihren Favoriten kumulieren und den listeninternen Rivalen streichen? Die männliche Form in der letzten Frage ist kein Zufall. Denn die personelle Besetzung des dritten RGM-Sitzes ist am 27. November eine der entscheidenden Fragen: Wird es Michael Abersold (SP) gelingen, den zweiten SP-Sitz in der Berner Stadtregierung zu verteidigen, oder zieht mit Alec von Graffenried erstmals

Wahlherbst in Bern



www.wahlherbst.derbund.ch

seit sechzehn Jahren wieder ein Vertreter der Grünen Freien Liste (GFL) in die Stadtregierung?

Vorentscheid für Stapi-Wahl

Die Antwort auf diese Frage spielt auch eine wichtige Rolle in Bezug auf die Wahlen ins Stadtpräsidium. Angesichts der Kandidatenfülle werden diese nicht Ende November, sondern erst im zweiten Wahlgang von Mitte Januar entschieden. Von Graffenried ist dabei einer der Hauptkonkurrenten von Kronfavoritin Ursula Wyss (SP). Er wird es aber nur dann in den zweiten Wahlgang schaffen, wenn er in den Gemeinderat gewählt wird. Dafür müsste er aber wohl Michael Aebersold (SP) verdrängen.

Wie stehen demnach die Wahlchancen der beiden rot-grünen Rivalen und worin unterscheiden sie sich inhaltlich?

Der einstige Nationalrat von Graffenried verfügt zwar über den grösseren Bekanntheitsgrad, Grossrat Aebersold aber über die grössere Wählerbasis. Die Mobilisierung spielt eine ebenso wichtige Rolle wie die Inhalte - vielleicht sogar eine wichtigere. Zumal es inhaltlich nur wenige, wenn auch nicht unbedeutende Unterschiede gibt.

Der grüne Steuersenker

Die auffallendsten Unterschiede bei einem Vergleich der Smartvote-Profile sind finanz- und ordnungspolitischer Art. Von Graffenried ist für eine Steuersenkung und die Einführung einer Schuldenbremse. Das ist doch einermassen überraschend für einen Spitzenkandidaten von Rot-Grün-Mitte. Auch findet er es «eher» bedenklich, wenn die Stadt private Firmen im Dienstleistungsbereich konkurrenziert.

Ob er dabei an den Zukauf von Firmen aus dem Elektroinstallationsbereich durch das stadteigene Werk Energie Wasser Bern (EWB) gedacht hat, konnte gestern nicht in Erfahrung gebracht werden. Von Graffenried gab auf Anfrage zwar ausführlich Auskunft, sah sich aus Zeitgründen aber nicht in der Lage, seine Zitate zu autorisieren.

«Das ist der freie Markt»

Klartext zu den betreffenden Punkten spricht Konkurrent Aebersold. «Es gibt null Spielraum für Steuersenkungen», sagt der SP-Politiker. Die Stadt brauche genügend Mittel, um ihre Aufgaben zu finanzieren. Wohin die Steuersenkungspolitik auf kantonaler Ebene führe, zeige etwa das Beispiel des Kantons Luzern. Dieser habe vor einiger Zeit die Steuern gesenkt und habe letzte Woche die Schüler und Lehrer aus Spargründen in die Zwangsferien schicken müssen. Daher solle die Stadt ihr hohes Eigenkapital nicht für Steuersenkungen, sondern für Investitionen einsetzen, sagt Aebersold.

Gegen die Expansion von EWB in den Dienstleistungssektor hat Aebersold

nichts einzuwenden. «Die Stadt kann und soll in gewissen Bereichen im Markt mitmischen.» Wer die Effizienz staatlicher Betriebe anmahne, müsse sich jetzt nicht wundern, wenn diese auf dem Markt auch entsprechend auftraten. «Das ist der freie Markt», sagt Aebersold.

Die Stärke der Hausmacht

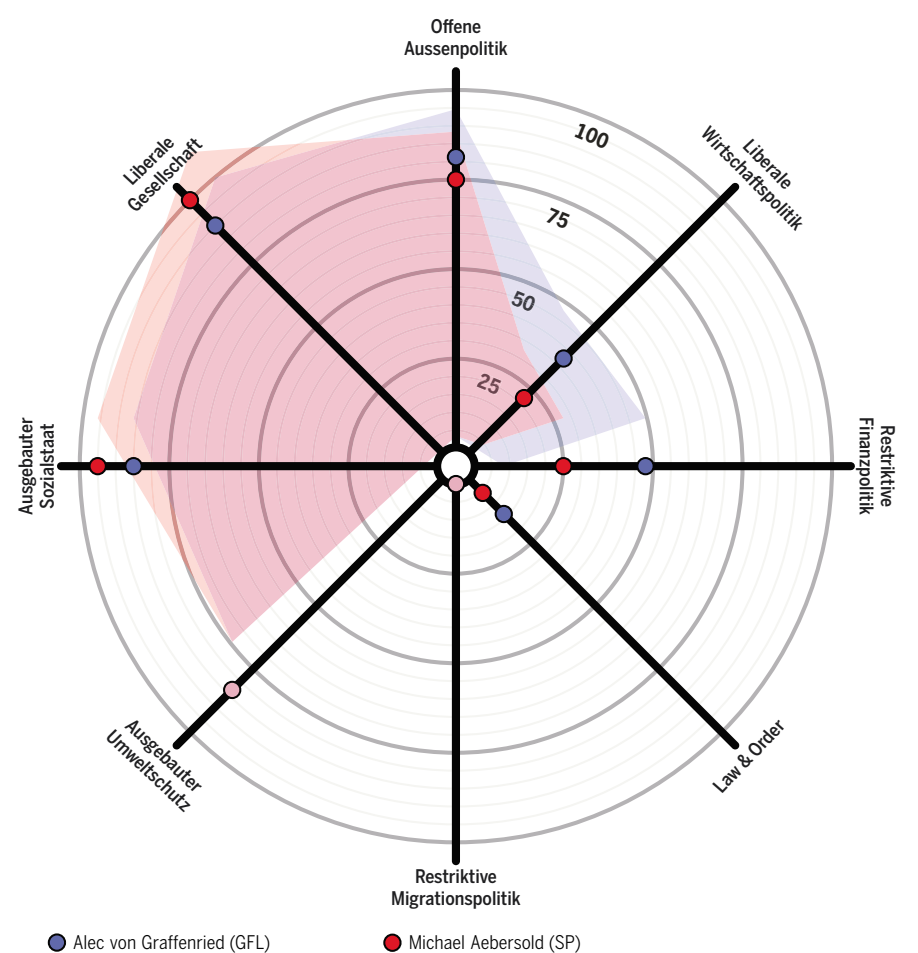
Wie erwähnt hängt die Entscheidung zwischen von Graffenried und Aebersold aber kaum von solchen inhaltlichen Differenzierungen ab. Die SP Stadt Bern hat eine vierstellige Mitgliederzahl, die ungleich kleinere GFL zählt kaum über hundert Mitglieder. Das spielt in der Endphase des Wahlkampfes eine Rolle. So einträchtig sich die RGM-Kandidierenden heute bei öffentlichen Auftritten geben, so hart wird es vor dem Wahltermin zur Sache gehen. Die letzte GFL-Gemeinderätin Claudia Omar wurde vor sechzehn Jahren durch einen Streichungsauftrag der SP abgewählt. Stattdessen schaffte es SP-Kandidatin Edith Olibet als Newcomerin in die Stadtregierung. «Aebersolds Hausmacht ist sehr solide», sagt Politikberater Mark Balsiger. Mit einem Wähleranteil von 28 Prozent habe die SP in den letzten Stadtratswahlen dreimal so viele Stimmen geholt wie die GFL.

«Die SP hat Angst davor, dass es von Graffenried in den Stadtpräsidiumswahlen in den zweiten Wahlgang schafft», sagt Balsiger. Ein Teil der SP-Parteibasis werde daher versuchen, von Graffenrieds Wahl in den Gemeinderat zu verhindern. SP-Mitglieder würden Aebersold kumulieren oder von Graffenried streichen. Rechts und in der Mitte hole der GFL-Kandidat nicht so viele Stimmen, wie er auf der eigenen Liste verlieren werde. «Wäre die GFL allein angetreten, hätte von Graffenried jetzt grössere Wahlchancen», sagt Balsiger.

«Bund im Gespräch» Der Talk mit den Kandidierenden vom Montag im Bellevue

www.gespraech.derbund.ch

Die Standpunkte von Aebersold und von Graffenried



BUND-Grafik © www.smartvote.ch

US-Wahlkampfmethod

SP bearbeitet Wähler per Telefon

Mit einer Telefonkampagne will die Partei ab November potenzielle Wähler erreichen.

Rosanna Steppat

Mit einer Wahlkampfmethod, die in Ländern wie den USA und Grossbritannien längst üblich ist, möchte die SP nun ihre inaktive Wählerschaft in der Stadt Bern mobilisieren. Zwischen dem 5. und dem 25. November will die Partei im Rahmen ihrer «Basiskampagne» per Telefon rund 150 Freiwillige zum Hörer bitten. Diese sollen in den drei Wochen vor den Stadtwahlen 5000 parteinahe Wähler davon überzeugen, an die Urne zu gehen - und SP zu wählen.

Die letzten Erfahrungen mit dem Telefon-Marketing waren für die Partei durchgezogen. Im Gegensatz zu den letztjährigen kantonalen Wahlen in Luzern und Zürich konnte die Partei soeben im Aargau und in Basel-Stadt mit einer gross angelegten Telefonkampagne deutliche Erfolge erzielen. Im Aargau gewann die Partei fünf Parlamentssitze dazu, in Basel-Stadt immerhin einen («Bund» vom Montag).

Ähnlich wie im US-Präsidentenwahlkampf 2008 nutzte die SP 2015 prominente Politiker als Zugpferd für die Telefonkampagne. Stadtpräsident Alexander Tschäppät griff höchstpersönlich zum Hörer. In diesem Jahr werde man nicht in erster Linie öffentliche Personen für die Kampagne nutzen, sagt Michael Sutter, Parteisekretär der SP Stadt Bern: «Für die Anrufe haben wir alle Mitglieder und Unterstützer unserer Partei angefragt.» Ziel ist es laut Sutter, möglichst viele Listenstimmen zu bekommen und die zwei Sitze der SP im Gemeinderat zu verteidigen. Zu diesem Zweck wolle man die Person am anderen

Ende der Leitung vom Gang an die Urne und von den Kernthemen der SP im Wahlkampf überzeugen. In diesem Wahlherbst seien dies die Schaffung von günstigem Wohnraum und familienexternen Betreuungsangeboten sowie eine würdige Unterbringung von Menschen, die auf der Flucht sind.

Verspieltes Potenzial

Der Berner Politologe Mark Balsiger findet die Methode der SP innovativ. In der Schweiz sei sie noch relativ neu, in anderen Ländern dagegen seit Jahrzehnten gang und gäbe. Den Kontakt mit potenziellen Wählern per Telefon aufzunehmen, ist laut Balsiger ein effektives Mittel, um in der Schlussphase zu mobilisieren. Mitglieder und Sympathisanten würden damit persönlich und emotional an die Partei gebunden. Den Wahlkampf über den Telefontyp legt der Politikberater auch anderen Parteien ans Herz: «Eine Studie nach den Nationalratswahlen von 2011 hat gezeigt, dass CVP, FDP und SP nur 50 bis 60 Prozent ihrer jeweiligen Basis auch an die Urne bringen. Im Gegensatz dazu schöpft die SVP 81 Prozent ihres Potenzials aus.» Die meisten klassischen Wahlkampfaktivitäten verpuffen, weil sie nicht auf bereits parteiaffine Zielgruppen ausgerichtet seien.

Keine klaren Listentipps

Dem Vernehmen nach stösst das Vorgehen der SP bei den grünen Bündnispartnern nicht auf eitel Freude. Sie befürchten, dass andere RGM-Kandidaten von der Wahlliste verdrängt werden, wenn die SP zum Kumulieren ihrer Kandidaten aufruft. Michael Sutter sagt, die Massnahmen seien jeder Partei selbst überlassen. Zwar gebe es auch innerhalb der Liste eine Konkurrenzsituation, man empfehle jedoch keine Streichung eines konkreten Kandidaten.